



Landeshauptstadt
Mainz

Niederschrift

**über die Sitzung
des Psychiatriebeirates
am 12.12.2018**

Anwesend

- Vorsitz

Marg, Niels Dr.

- 1. stellvertretender Vorsitz

Müller, Kay-Maria Dr.

- Verwaltung

Herrmann, Dieter in Vertretung für Claus Hensel

- Mitglieder

Wellstein, Ute

- Stimmberechtigte Mitglieder der Institutionen

Delmo, Cynthia Dr.

Diefenbach, Kerstin

Erlenbach, Michael

Huss, Michael Prof. Dr. med. Dipl.-Psych.

Jacobs, Robert

Jaensch, Ruth

Menz, Isabel

Pohl, Eva

Schmich-Gehbauer, Gaby

- beratende Mitglieder

Kahl, Martina

Entschuldigt fehlen

- 2. stellvertretender Vorsitz

Koch, Holger

- Vorsitz

Lensch, Eckart Dr.

- Mitglieder

Erlhof, Claudia Dr.

Hauer, Heidi

Hingst, Waltraud

Lossen-Geißler, Eleonore Dr.
Moerchel, Christian Dr.
Weusmann, Jens Dr.

- Mitglieder (nicht Ratsmitglieder)

Faber, Matthias

- Stimmberechtigte Mitglieder der Institutionen

Berg, Gundolf Dr.
Bierbrauer, Jürgen Dr.
Boos-Waidosch, Marita
Braner, Hiltrud
Brockhaus-Dumke, Anke Dr.
Ginter, Doris
Göbig-Fricke, Gaby
Greis, Jörg
Grötsch, Klaus-Dieter
Lieb, Klaus Prof. Dr.
Metzger, Hannelore
Philipp, Kurt
Rossbach, Wolfgang Dr.
Seckler-Classen in Vertretung für Kurt Philipp
Steitz, Georg
Werner, Christel
Zindorf, Monika

- beratende Mitglieder

Hensel, Claus
Merschky, Axel
Schwaben, Julia Dr.
Wilhelm, Thomas
Zindorf, Hans-Wilfried

Tagesordnung

a) öffentlich

1. Antwort "Zur Wohnraumsituation in der Landeshauptstadt Mainz für Bürgerinnen und Bürger in prekären Lebenslagen"
2. Vorstellung des Konzepts "Wohnen für Menschen mit besonderem Teilhabebedarf"
3. Abstimmung zum Schreiben an den Mainzer Psychiatriebeirat zur fachmedizinischen Versorgung
4. Vorstellung der Ausbildung als Ex-In-Genesungsbegleitung
5. 2. Mainzer Psychiatriebericht
6. Verschiedenes

Der Vorsitzende eröffnet um 16.30 Uhr die Sitzung und stellt fest, dass form- und fristgerecht eingeladen wurde und die Beschlussfähigkeit gegeben ist.

Einwendungen gegen die Tagesordnung werden nicht geltend gemacht.

Sodann erfolgt der Eintritt in die Tagesordnung.

öffentlich

Punkt 1 Antwort zur Anfrage vom 30.05.2018: "Zur Wohnraumsituation in der Landeshauptstadt Mainz für Bürgerinnen und Bürger in prekären Lebenslagen" - Jessica Odenwald, Stadt Mainz -

Die Antwort der Verwaltung und der Wohnbau zur Anfrage des GPV Mainz „Zur Wohnraumsituation in der Landeshauptstadt Mainz für Bürgerinnen und Bürger in prekären Lebenslagen“ ist den Mitgliedern des Psychiatriebeirats mit der Tagesordnung zugegangen. Der Psychiatriebeirat nimmt diese zur Kenntnis.

Aus der Runde kommt die Frage, ob es denkbar ist, dass Wohnungskündigungen auch wieder zurückgenommen werden könnten.

Eine weitere Anmerkung bezieht sich darauf, dass es problematisch ist, wenn Menschen mit einer psychiatrischen Problematik nach einem Wohnungsverlust keine weitergehende Unterstützung erhalten.

Auf Grund einer Terminüberschneidung sind weder Vertretungen der Wohnbau noch der zuständige Dezernent anwesend, um auf diese Aspekte direkt einzugehen. Frau Odenwald wird die offenen Punkte entsprechend weiterleiten.

Punkt 2 Vorstellung des Konzepts "Wohnen für Menschen mit besonderem Teilhabebedarf" in Verbindung mit dem erweiterten Versorgungskonzept für psychisch erkrankte Menschen in Mainz - Kurt Philipp, Evangelisches Diakoniewerk Zoar -

Der Tagesordnungspunkt wird verschoben, es stehen keine Referierenden zur Verfügung.

Punkt 3 Abstimmung zum Schreiben an den Mainzer Psychiatriebeirat durch das Landeskrankenhaus Rheinhessen-Fachklinik Alzey zur defizitären fachmedizinischen Versorgung psychiatrischer Patientinnen und Patienten - Jessica Odenwald, Stadt Mainz, Dr. Nils Marg, Vorsitzender -

Angesichts der sehr angespannten Lage im Bereich der ambulanten psychiatrischen Versorgung haben sich die Rheinhessen Fachklinik Alzey zusammen mit Fachärztinnen und Fachärzten aus dem Landkreis Alzey-Worms mit einem Brief an den Mainzer Psychiatriebeirat gewandt. Darin bitten sie um Unterstützung bei der Durchsetzung der Trennung der Berufsgruppen Psychiaterinnen und Psychiater sowie Neurologinnen und Neurologen, um die Verteilung

von Praxissitzen künftig bedarfsgerechter durchzuführen.

U.a. zu diesen Thema hatte der Mainzer Psychiatriebeirat auch schon Herrn Dr. Stephan eingeladen, der von ähnlichen Entwicklungen berichtet hat.

Der Brief wurde mit der Einladung verschickt, ebenso die Ergebnisse einer Umfrage, mit der die Koordinierungsstelle für gemeindenaher Psychiatrie die Wartesituation auf psychiatrische Behandlung in Mainz eruiert hat. Diese zeigt deutlich, dass sich Menschen, die einen Behandlungsplatz vor Ort suchen, auf sehr lange Wartezeiten einstellen müssen.

Herr Dr. Marg erläutert, dass dies vor allem auf die erhöhten Fallzahlen in den Praxen zurückzuführen ist. Diese erhöhte Inanspruchnahme, die u.a. auch durch die Ausbreitung altersbezogener psychiatrischer Störungen wie Demenzen begründet ist, neben verlängerten Wartezeiten auf Termine auch dazu führt, dass die kommunikative Komponente der ärztlichen Behandlung zu kurz kommt.

Herr Jacobs bestätigt diese Entwicklung und verweist ausdrücklich darauf, wie wichtig Gespräche mit Behandlerinnen und Behandlern über die eigene Verfassung gerade für Menschen mit einer seelischen Beeinträchtigung sind.

In Bezug auf die langen Wartezeiten wird von Frau Odenwald eingebracht, dass diese im somatischen Bereich in diesem Umfang gar nicht tolerierbar wären und gerade die Koordination für Menschen in psychiatrischen Krisen schwer fällt.

Herr Prof. Dr Huss ergänzt, dass auch der Bereich der Kinder- und Jugendpsychiatrie vermehrt Zulauf bekommt, dieser aber zum Teil durch Aufstockung des Personals aufgefangen werden kann.

Allerdings ist deutlich, dass der Übergang zum ambulant-psychiatrischen Behandlungsbereich für junge Erwachsene schwierig geworden ist und eine nahtlose Weiterversorgung für eine gelingende Behandlung erforderlich ist.

Dies ist aus seiner Sicht auch insbesondere durch die Zunahme schwerer und schwerster Krankheitsbilder sehr wichtig.

Der Psychiatriebeirat begrüßt die Initiative der Rheinhesen Fachklinik Alzey einstimmig und unterstützt diese mit einem eigenen Schreiben an Kassenärztliche Vereinigung und zuständigen Ministerium.

Punkt 4 Vorstellung der Ausbildung als Ex-In-Genesungsbegleitung: Inhalte, Möglichkeiten, Perspektiven und Grenzen **- Robert Jacobs, Ex-In-Genesungsbegleiter -**

Herr Jacobs erläutert in seinem Vortrag die Ziele und Inhalte der Ex-In-Ausbildung, mit der sich Menschen mit Psychiatrieerfahrung zur Genesungsbegleitung ausbilden lassen können, Einzelheiten s. beigefügte Zusammenfassung der Präsentation.

Die bundesweit einheitliche Ex-In-Ausbildung wird mit Zertifikat abgeschlossen und ist evaluiert.

Herr Jacobs berichtet auch von seinen eigenen Erfahrungen als Genesungsbegleiter in der RfK-Tagesklinik in Bingen. Hier erfährt er immer wieder wie hilfreich Patientinnen und Patienten Gespräche mit Psychiatrieerfahrenen empfinden, die ihnen auf Grund eigener Erlebnisse auf Augenhöhe begegnen und gleichzeitig Hoffnung spenden, da im Kontakt miteinander deutlich wird, dass Krisen ein Ende haben. Herr Jacobs erklärt, dass es aus seiner Sicht wichtig ist, in ein multiprofessionelles Team eingebunden zu sein, dass Ex-In-Mitarbeitenden ernst nimmt. Die Anwesenden sind vom persönlichen Weg und der Entwicklung des Referenten beeindruckt.

Im Anschluss an den Vortrag folgen ein inhaltlicher Austausch und die Klärung von Fragen. Hierbei wird erläutert, dass der Unterschied zu der bereits lange etablierten Tradition des Peercounseling in der Suchthilfe darin liegt, dass der Ex-In-Bewegung ein einheitliches Curriculum zu Grunde liegt, das überall in Deutschland Anwendung findet und eine handfeste Qualifikation der Absolventinnen und Absolventen ermöglicht.

Auch wird bestätigt, dass dem Abschluss als Ex-In-Genesungsbegleitung nicht eine sehr schwere Form der Erkrankung vorausgegangen sein muss, aber eine durchlebte eigene psychiatrische Krisenerfahrung Voraussetzung für die Ausbildung ist. Ein guter Zeitpunkt, um mit der Ausbildung zu beginnen, ist dann, wenn die eigene Krise mindestens sechs Monate zurückliegt. Der grundsätzliche Zugang erfolgt über ein einheitliches Bewerbungsverfahren, in dem die Eignung der Person geprüft wird. Hier wird seitens Frau Odenwald eingebracht, dass ihr dieser Punkt besonders wichtig erscheint, damit bei Interessierten nicht ungerechtfertigte Hoffnungen geweckt werden oder sie im Prozess der Ausbildung, die einen Schwerpunkt in Selbsterfahrung hat, nicht dekomensieren.

Herr Jacobs berichtet auf Nachfrage, dass seine Tätigkeit in der Tagesklinik als Minijob auf 450 EUR-Basis gestaltet ist, er ist zweimal drei Stunden in der Woche anwesend. In dieser Zeit bietet er eine Recovery-Gruppe für acht Personen an, steht für Einzelgespräche zur Verfügung und erledigt die notwendige Dokumentation. Darüber hinaus arbeitet er als selbständiger Einzelfallhelfer und ist sehr aktiv im Netzwerk für Seelische Gesundheit sowie dem rheinhessischen Trialog.

Derzeit wird ein Netzwerk für eine Ex-In-Initiative Rheinland-Pfalz aufgebaut, das sich auch an potentielle Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber für Ex-In-Absolventinnen und Absolventen richtet, damit diese bei Bedarf Mitarbeitende oder Vortragende finden können.

Geplant ist im kommenden Jahr auch eine eigene Ex-In-Schulung in Mainz, die Informationsveranstaltung für alle Interessierten findet am 08.02.2019 statt.

Punkt 5 **2. Mainzer Psychiatriebericht: erste Schlaglichter** **- Jessica Odenwald, Stadt Mainz -**

In einer kurzen Präsentation stellt Frau Odenwald wesentliche Ergebnisse der Erhebung für den Psychiatriebericht vor, s. Anhang. Die Daten werden im Bericht differenziert dargestellt und ausgewertet.

Der gesamte Bericht soll im ersten Quartal 2019 veröffentlicht werden.

Punkt 6 **Verschiedenes**

Im Auftrag des an der Teilnahme verhinderten Mitglieds, Frau Zindorf, fragt Frau Odenwald nach dem aktuellen Stand der Planungen in Bezug auf den ausgelagerten Standort der Abteilung für Gesundheitswesen in Mainz. Hintergrund ist, dass das derzeitige Gebäude an der Großen Langgasse stark sanierungsbedürftig ist und im Zuge der Vorbereitungen dazu publik wurde, dass die Kreisverwaltung Mainz-Bingen, die für die Stadt Mainz zuständig ist, darüber nachdenkt, das Gesundheitsamt in Ingelheim zentral anzusiedeln.

Der Frage vorangestellt wird angemerkt, dass es nicht nur - aber insbesondere - aus gemeindepsychiatrischer Sicht mit Blick auf den Sozialpsychiatrischen Dienst notwendig erscheint,

dass in der Stadt Mainz weiterhin eine Außenstelle bestehen bleibt.

Herr Dr. von Cube, Facharzt des Sozialpsychiatrischen Dienstes berichtet, dass die Kreisverwaltung ebenfalls einen Standort-Bedarf in Mainz sieht, es wurden daher bereits verschiedene Gebäude besichtigt, bisher konnte jedoch noch kein adäquater Ersatz gefunden werden.

Es ist aber unstrittig, dass die aktuelle Situation auf Dauer nicht mehr tragbar ist, daher gibt es folgende mögliche Szenarien:

- Anmietung eines anderen geeigneten Objektes in Mainz
- Kauf des jetzigen Gebäudes und Sanierung
- Umzug der Abteilung nach Ingelheim, wo die Kreisverwaltung einen Neubau des inzwischen zu klein gewordenen Verwaltungsgebäudes plant und im Zuge dessen alle Außenstellen zusammenführen könnte

Die Abteilung Gesundheitswesen bittet die Stadt Mainz um Unterstützung bei der Suche nach einer Lösung, um einen Verbleib in Mainz realisieren zu können. Frau Odenwald bestätigt, dass die Stadtverwaltung bereits ihre Hilfe zugesagt hat.

Frau Odenwald verabschiedet sich mit dieser Sitzung von den Mitgliedern des Mainzer Psychiatriebeirats und bedankt sich herzlich für die gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit. Nach über elf Jahren Tätigkeit in der Koordinierungsstelle für gemeindenahe Psychiatrie wird sie sich beruflich neu orientieren und am 01.03.2019 eine Lehrtätigkeit an der Hochschule Fulda beginnen und somit die Stadtverwaltung Mainz verlassen. Die Mitglieder des Beirats bedanken sich ebenfalls für das Engagement von Frau Odenwald und wünschen ihr alles Gute.

**Sitzungstermine des Psychiatriebeirats im Jahr 2019:
08.05.2019 und 30.10.2019, jeweils ab 16.30 Uhr.**

Ende der Sitzung: 18:30 Uhr

.....
Vorsitz

.....
Schriftführung